**Andreas Fulda, Mareike Ohlberg, David Missal, Horst Fabian, Sascha Klotzbücher (2022). Grenzenlos kompromissbereit? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.03.2022, S. N4**
**https://zeitung.faz.net/faz/geisteswissenschaften/2022-03-16/grenzenlos-kompromissbereit/736583.html**

**https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/die-chinaforschung-muss-ihre-rolle-ueberdenken-17877701.html**

# Grenzenlos kompromissbereit?

*Angesichts von Xis Repressionspolitik muss die Chinaforschung ihre Rolle überdenken. Die Ausblendung von Problemen und die Stigmatisierung kritischer Stimmen sind der falsche Weg. Replik auf Björn Alpermann und Gunter Schubert.*

*Von Andreas Fulda, Mareike Ohlberg, David Missal, Horst Fabian und Sascha Klotzbücher*

Vergangene Woche haben die Sinologieprofessoren Björn Alpermann und Gunter Schubert die in den letzten Jahren aufgeflammte Kritik an Selbstzensur und Appeasement innerhalb der deutschsprachigen Chinaforschung gegenüber der chinesischen Regierung als „Kreuzrittertum“ gebrandmarkt (F.A.Z. vom 9. März). Kritiker des konformistischen Kurses, darunter Autoren dieses Beitrags, wurden als „moralische Kreuzritter“ diffamiert und als Nestbeschmutzer stigmatisiert. Argumente wischen die Autoren mit der Behauptung vom Tisch, für einen steigenden Einfluss Chinas auf die deutsche Chinaforschung fehlten Belege.

Das Gegenteil ist richtig: Im International Journal of Human Rights kritisieren Andreas Fulda und David Missal auf empirischer Basis, dass „Chinaforschung an deutschen Universitäten hochgradig abhängig von ‚fragwürdigen’ Finanzierungen [sei] und viele ihrer chinabezogenen Studienprogramme ohne finanzielle Unterstützung aus der Volksrepublik China nicht mehr angeboten werden“ könnten. Über Konfuzius-Institute und Universitätspartnerschaften flössen massive finanzielle Mittel von der chinesischen Seite an deutsche Kooperationspartner. Diese These stützt sich auf mehr als hundert Anfragen an öffentliche Stellen, die von Missal nach den Informationsfreiheitsgesetzen gestellt wurden und auf der Website unis.davidmissal.de eingesehen werden können. Dort ist dokumentiert, dass deutsche Universitäten ohne großen Aufwand jedes Jahr mehrere Millionen Euro aus China erhalten, pro Hochschule oftmals mehrere Hunderttausend Euro. Sowohl die Universität Würzburg als auch die Universität Tübingen, an der Alpermann und Schubert lehren, haben die Anfragen unbeantwortet gelassen.

Dass es sich bei den Zuwendungen nicht um triviale Summen handelt, wird deutlich, wenn man betrachtet, was damit alles finanziert werden kann und vielfach auch wird: Stiftungsprofessuren; Forschungsassistenten für Seniorprofessoren im Rahmen von deutscher Seite finanzierter Projekte; finanzielle Projektförderung an deutschen Universitäten, ganze Konferenzen an deutschen Universitäten oder zumindest die Reisekosten der chinesischen Mitglieder; Vorträge, Konferenzteilnahmen und Reisekosten von deutschem Universitätspersonal in China; bei einem Konfuzius-Institut zur Finanzierungsförderung

beantragte und damit von diesem formal organisierte Vorträge einschließlich Raummieten und Verpflegung; sinologische Zeitschriften; bezuschusste Lehre an Sinologie- oder chinakundlichen Studiengängen durch das aus China entsandte Personal und vieles mehr.

Darüber hinaus bezweifeln Alpermann und Schubert, dass an deutschen Universitäten Abhängigkeiten gegenüber chinesischen Geldgebern bestünden. Doch schon sehr geringe Finanzzuwendungen führen zu beträchtlichen Verrenkungen. Laut der Vizepräsidentin der Freien Universität Berlin (FU) für Internationales, Verena Blechinger-Talcott, wird eine Stiftungsprofessur der FU mit 500 000 Euro fünf Jahre lang aus China finanziert, anfänglich mit Peking als gerichtlichem Schiedsort. In einer öffentlichen Anhörung vor dem Berliner Abgeordnetenhaus gab Blechinger-Talcott am 17. Mai 2021 zu Protokoll: „Es ging um eine Professur für die Vermittlung chinesischer Sprache ..., für die wir keine eigenen Finanzierungsmöglichkeiten im Haushalt der Freien Universität hatten und haben.“ Der Berliner Staatsekretär Steffen Krach entgegnete darauf „dass die FU jederzeit in der Lage“ sei, „das eigenständig zu finanzieren.“

Der Duisburger Chinawissenschaftler Thomas Heberer argumentierte noch im September 2020 anlässlich eines von der Linkspartei organisierten Fachgesprächs: „Das Einzige, was aus dem Konfuzius-Institut kommt, ist der Sprachunterricht im Master-Programm, weil die Universität selber keine Mittel dafür hat, um zusätzliche Lehrkräfte einzustellen.“ Die Konfuzius-Institute und die darüber involvierten Professoren der China- und Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen waren im Oktober 2021 in die Schlagzeilen geraten, nachdem die Vorstellung einer Xi-Jinping-Biografie der Journalisten Stefan Aust und Adrian Geiges auf Geheiß des chinesischen Generalkonsuls in Düsseldorf anfänglich kommentarlos abgesagt worden war. Weder das Konfuzius-Institut noch die Universität, sondern nur der ausgeladene Verlag hatte diese Selbstzensur publik gemacht. Die damalige Bundesbildungsministerin Karliczek riet daraufhin Universitäten in einem Brandbrief an die Hochschulrektorenkonferenz, ihre Kooperation mit den Konfuzius-Instituten zu prüfen und den Austausch mit dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst zu suchen. Entgegen der Annahme von Alpermann und Schubert gibt es sehr wohl finanzielle und institutionelle Abhängigkeiten.

Mareike Ohlberg, Mitarbeiterin des German Marshall Fund, wird von den Autoren vorgeworfen, sie bediene und verstärke mit ihrer Forschung ein „chinakritisches Narrativ in den deutschen und internationalen Medien“. Nun liegt es auf der Hand, dass sich die Medienberichterstattung zu China ganz unabhängig von der geopolitischen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik angesichts der Regression der Volksrepublik zum autokratischen Führerstaat, des kulturellen Genozids in Xinjiang, der Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong und der militärischen Drohgebärden gegenüber Taiwan eingetrübt hat. Alpermann und Schubert scheuen sich indes nicht, auf ein beliebtes Motiv der chinesischen Propaganda zurückzugreifen: Angeblich von den Vereinigten Staaten gesteuert, zeichneten westliche Medien ein möglichst negatives Bild der Volksrepublik. Unterschlagen wird, was die chinesische Regierung selbst zu diesem Bild beiträgt. Die Entkopplung der Kommunikationssphären zwischen Europa und China ist nicht, wie die Autoren meinen, dem „‚Entkopplungswahn‘ eines Chinakritischen Narrativs politisch interessierter Kreise“ zuzuschreiben, sondern die logische Konsequenz der „Great Firewall“, mit welcher der Parteistaat die chinesische Bevölkerung von der Außenwelt abschirmt.

*Den Preis für den Zugang benennen*
Alpermann und Schubert postulieren drei Voraussetzungen für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit China: „Erstens der Zugang zum Land, zweitens die Ablehnung einer ‚moralischen Eignungsprüfung' für Chinaforscher und drittens das Festhalten am Dialog mit den chinesischen Hochschulen." Alle drei Punkte spielen eine wichtige Rolle, dürfen aber nicht dazu führen, dass sich die Chinaforschung die Hände und Augen verbinden lässt und nur noch das untersucht, was von chinesischer Seite geduldet wird. Diese Art von Forschung würde sich selbst obsolet machen.

Sascha Klotzbücher hat in seiner Forschung gezeigt, dass Feldforschung von ausländischen Chinawissenschaftlerinnen in der Volksrepublik China in einem hochgradig überwachten, politischen begrenzten Feld stattfindet. Der mit der unvermeidlichen „Embeddedness" verbundene Akt der Selbstzensur, die besonders beim Eintritt bewusst oder unbewusst eingefordert wird, muss offengelegt und methodisch verankert werden.

An keiner Stelle beziehen sich die Autoren auf die seit Jahren, leider nur von Wenigen geführte selbstkritische Diskussion zur Lage des Faches, die Rolle der Intellektuellen in China und den Feldzugang der Chinaforschung. Stattdessen plädieren sie für „kreative Forschungsstrategien" und „taktische Kompromisse beim Forschungsdesign", um den Zugang zur Feldforschung aufrecht zu erhalten. Worin diese Kompromisse bestehen, führen sie allerdings nicht aus. Hier verpassen sie die Chance, anhand von Beispielen darzulegen, welche Kompromisse sie selbst eingegangen sind und was sie dadurch erreicht haben. Ebenso fehlt die Reflexion darauf, welchen Einfluss solche Kompromisse auf den Erkenntnisgehalt nehmen und wie dies methodisch deutlich gemacht werden kann. Wie Samantha Hoffman in ihrer Doktorarbeit zur Regimesicherheit gezeigt hat, ist es möglich, ohne Feldzugang exzellente Chinaforschung aus dem Ausland zu betreiben. Da es unmöglich gewesen wäre, Interviews mit Kadern zu diesem Thema zu führen, stützte sie sich auf öffentlich zugängliche Parteidokumente. Auf dieser Basis konnte sie darlegen, mit welchen Methoden die Kommunistische Partei ihre Autorität verteidigt.

Der Wert zwischenmenschlicher Kontakte zwischen chinesischen und westlichen Akademikern ist unbestreitbar. Allerdings blenden die Autoren aus, in welchem Maß die Kommunistische Partei den offenen Austausch zwischen China und Deutschland behindert. So berichtet Mimi Leung für University World News, dass sie „die Anzahl der Akademiker und Forscher, die physisch an Konferenzen im Ausland teilnehmen dürfen, stark eingeschränkt hat" und dass „die Regeln nun auf Online-Konferenzen ausgeweitet wurden." Teilnehmer, so Leung weiter, „müssen sich verpflichten, ‚Geheimnisse zu bewahren' und den Ruf chinesischer Institutionen nicht zu gefährden." Professoren chinesischer Universitäten wandern wegen kritischer Blogbeiträge ins Gefängnis oder werden wie Xu Zhangrun für seine Kritik an Xis Corona-Krisenmanagement aus der Universität verbannt. Als Deng Xiangchao im Jahr 2017 Mao Zedong für die Millionen Toten kritisierte, die der „Große Sprung nach Vorn" verursacht hat, wurde er umgehend entlassen. Insofern bestehen berechtigte Zweifel an der generellen Aussage von Alpermann und Schubert, es handele sich bei chinesischen Universitäten um Orte, an denen „Möglichkeiten für kritische Debatten mit westlichen Perspektiven auf China, und umgekehrt, bestehen."

*Chinaforschung im Dilemma*

Besonders bedenklich ist jedoch, dass die Autoren den legitimen Diskurs über Selbstverständnis und Normen der Chinawissenschaft mit fragwürdiger Kreuzfeldzugs-Metaphorik abwerten. Fachkolleginnen und andere professionelle Diskursteilnehmer qualifizieren sie von der professoralen Kanzel herab als „neue Kreuzritter“ ab. Mit dem Attribut „moralisch“ versuchen sie, ihre Argumente als wissenschaftsfremd zu neutralisieren. Unter Vernachlässigung relevanter Fakten beschränken sie sich auf persönliche Angriffe. Damit verlassen sie selbst den wissenschaftlichen Diskurs. Ihre polemischen Ausschlussdrohungen sind der offensichtliche Versuch, das Feld der Chinaforschung zu disziplinieren.

Die als Textwissenschaft entstandene Sinologie hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer sozialwissenschaftlichen Chinaforschung entwickelt. Der Zugang zum Feld verlief über intensiv gepflegte, oft individuelle Partner- und Freundschaften. Verständlich ist der Wunsch, den Kontakt mit China fortzusetzen. Gleichzeitig verengt sich dort jedoch zusehends der Raum für freie Wissenschaft und Kooperation. Diese Ambivalenz trifft die Chinawissenschaften methodisch unvorbereitet. Auf einmal müssen sie ihre eigene sinologische Forschungsposition ins Licht rücken und öffentlich begründen.

Das konfrontiert sie mit einem Dilemma: Kooperation mit möglicherweise faulen Kompromissen oder freie Wissenschaft im Dienst der Wahrheit? Welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, muss dringend wissenschaftsintern und politisch diskutiert werden. Auf beiden Ebenen muss das Ziel sein, wissenschaftliche Standards zu sichern: Offenheit, Authentizität, Wahrheitsverpflichtung, das Recht des Zweifels und der Kritik.

Solche Kriterien werden schwerlich durchzusetzen sein, wenn vorab die Bereitschaft zu vom totalitären Parteistaat geforderten Kompromissen als Preis für die wissenschaftliche Kooperation signalisiert wird. Es ist schon erstaunlich, wie viele deutsche Chinawissenschaftler in Themenwahl und Methode das offizielle Narrativ nicht in Frage stellen. Die Situation ähnelt dem Schisma zwischen Putin-Verstehern und -Kritikern in der Russland-Debatte. Damit Chinawissenschaft nicht zum Selbstzweck wird, sondern Erkenntnis und Nutzen für die Gesellschaft hier wie dort hervorbringt, bedarf es eines Paradigmenwechsels. Eine offene Debatte ohne Rücksichtnahme auf Befindlichkeiten und eingespielte Kooperationsmuster ist überfällig.

**Andreas Fulda** ist Associate Professor an der School of Politics and International Relations, University of Nottingham.

**Mareike Ohlberg** ist Senior Fellow im Asienprogramm des German Marshall Fund.

**David Missal** ist Sinologe und Menschenrechtsaktivist bei der Tibet Initiative Deutschland.

**Horst Fabian** forscht zu Kuba und der VR China und setzt sich als Bürgerdiplomat für kooperative zivilgesellschaftliche Beziehungen zwischen Europa und China ein.

**Sascha Klotzbücher** verwaltet die Professur für Gesellschaft und Wirtschaft des modernen Chinas am Ostasiatischen Seminar der Universität Göttingen.

Dieser Text erschien am 16. März 2022 in der Print-Ausgabe der F.A.Z. in Forschung und Lehre.